

Antrag

**der Abgeordneten Jörg Hamann, Philipp Heißner, Franziska Rath,
Ralf Niedmers, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburg sagt „Nein“ zum rot-rot-grünen Berliner Mietendeckel

In der letzten Woche stellte die rot-rot-grüne Berliner Regierungskoalition die Eckpunkte für den geplanten Mietendeckel vor. Damit will der Berliner Senat die Wohnungsmieten in der Hauptstadt für fünf Jahre einfrieren. Die Höchstmiete für Neuvermietungen soll bis zu 9,80 Euro pro Quadratmeter betragen, angelehnt an den Mietpiegel des Jahres 2013. Mietsenkungen soll es nur in Ausnahmefällen geben, wenn die Miete zu hoch ist und außerdem 30 Prozent des Haushaltseinkommens übersteigt. Von 2021 an darf die Miete nur noch um bis zu 1,3 Prozent im Jahr steigen, sofern sie die geplanten Obergrenzen nicht überschreiten.

Die Auswirkungen auf dem Immobilienmarkt werden erheblich sein. Allgemein wird von einer „Immobilienkrise“ ausgegangen, wenn diese Pläne umgesetzt werden. Es liegt damit ein unverhältnismäßiger und rechtswidriger Eingriff in die Grundrechte der Vermieter als Eigentümer vor. Die Immobilienwirtschaft hat in weiten Teilen bereits jetzt angekündigt, Modernisierungs- und Neubauvorhaben einzustellen. Das wird zu einer Krise auf dem Wohnungsmarkt führen, aber auch negative Folgen für den Klimawandel aufgrund fehlender energetischer Modernisierung haben. International wird Deutschland als Standort für Investitionen ausscheiden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Die Bürgerschaft spricht sich gegen das Modell des Berliner Mietendeckels aus und lehnt dessen Adaption auf dem Hamburger Immobilienmarkt entschieden ab.